

Birger P. Priddat:
Produktive Kraft, sittliche
Ordnung und geistige Macht,
Metropolis Verlag Marburg 1998,
474 S. (89,00 DM)

Der hier vorgestellte Band ist Bestandteil der Reihe »Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie«. Mit dieser Edition wird das Ziel verfolgt, die verloren gegangene Erinnerung an die deutsche Tradition nationalökonomischer Theorie wieder zu beleben. Ein durchaus begründetes Unternehmen, denn mit der Dominanz der angloamerikanischen Ökonomie seit 1930 wechselte auch die Vorgeschichte, wodurch die ältere deutsche Theorie zu einer Randerscheinung der Dogmengeschichte wurde, wenn nicht gar zu einer bloßen Kuriosität. Zu Unrecht, wie Priddat meint, denn zum einen hat die deutsche Theorieentwicklung im 19. Jahrhundert gegenüber der englischen durchaus Parallelen aufzuweisen. Zum anderen sind in ihr Fragestellungen enthalten, die heute geradezu modern anmuten und in der Institutionenökonomie sowie in evolutions- und systemtheoretischen Konzepten Parallelen besitzen. Die Tatsache, daß die deutsche Nationalökonomie größtenteils der Vergessenheit anheimgefallen ist, ist zu einem Teil ihrer Einbettung in einen staats- und rechtswissenschaftlichen Kontext geschuldet. Zum anderen ihrer »Neigung zur Soziologie« (S. 415).

Darüber hinaus spielte dabei natürlich auch der Rückstand der deutschen Verhältnisse eine Rolle: »Die deutsche Nationalökonomie war immer eine politische Ökonomie im engeren Verständnis dieses Begriffs. Sie wollte keine abstrakten Systeme erläutern, sondern die Wirtschaft, die sich in den institutionellen Bedingungen ihrer Zeit bewegte ... Sie dachte von ihren Ressourcen her – der Landschaft, der Gewerbe, des Rechtes, der politischen Formen, der Mentalitäten, der Kultur und ihrer Entwicklungen. Folglich hatte sie ihren eigenen Stil entwickelt« (S. 11). Etwas davon findet sich noch heute im Konzept der »sozialen Marktwirtschaft«, als der deutschen Variante des Kapitalismus.

Der Band vereinigt eine größere Anzahl von Texten über Denker des 18. und 19.

Jahrhunderts, teils bekannter, wie G.F.W. Hegel, F. List, D. Hildebrand, W. Roscher u.a., größtenteils aber völlig vergessener Autoren, so J.G. Büsch, J. Beckmann, J.A. Schlettwein, H.E.K. Mangoldt, J. v. Soden u.a. Aber selbst wenn Name und Auffassung eines Ökonomen bekannt sind, so ist es doch in den seltensten Fällen der hier vorgestellte Text.

Es ist dem Herausgeber gelungen, ein durchweg originelles Buch zusammenzustellen, auch wenn nicht alle Texte und Ansichten von gleichem Gewicht für die Theoriegeschichte sind. Priddat weist in der Einleitung auf Topoi hin, die es in anderen Theoriegeschichten nicht gibt und die folglich als Besonderheiten der deutschen Nationalökonomie anzusehen sind: Dies sind (1) das Spannungsverhältnis zwischen Staats- und Marktwirtschaft, (2) das Verhältnis von Ethik, Sittlichkeit und Wirtschaft, (3) die Kulturfrage in der Ökonomie, (4) die Theorie des allgemeinen Vermögens, (5) die Theorie der produktiven Kräfte und schließlich (6) die Analogie von Ökonomie und Poesie. Mit diesen Topoi sind »tragende Denkfiguren« der zeitgenössischen Ökonomie umschrieben, ohne deren Kenntnis manche Motive des ökonomischen Denkens in Deutschland überhaupt nicht zu begreifen sind.

Dazu gehört auch die Bindung der Theorie an die jeweilige konkrete Realität. Im Unterschied zur Gegenwart, wo nur die abstrakte (formale) Theorie als echte Theorie gilt, wurde damals eine Einbettung der Theorie in die Umstände der Zeit angestrebt. Abstrakte Denker wie H.H. Gossen oder H. v. Thünen galten als Außenseiter und wurden erst später entdeckt und gewürdigt.

Insgesamt enthält der Band 18 Kapitel. Lesenswert sind sie alle, auf einige aber soll besonders verwiesen werden. Hierzu zählt der Aufsatz über Novalis (F. v. Hardenberg). Leider beginnt dieser Text gleich mit einem Druckfehler, der Novalis fünfzig Jahre älter macht (S. 79). Dies ist um so mehr zu bedauern, da die Genialität Novalis' nicht zuletzt darin zu sehen ist, daß er – der nicht einmal dreißig Jahre alt wurde – nicht nur in der Dichtkunst sondern ebenso in der politischen und ökonomischen Wissenschaft absolut auf der Höhe seiner Zeit war. Hiervon zeugen

seine zahlreichen Reflexionen, Aphorismen, Skizzen usw., die als »Fragmente« bekannt geworden sind. Priddat analysiert diese, in ihrer Bedeutung häufig unterschätzten Texte daraufhin, ob Novalis – neben Goethe und Forster – als »kongenialer Wahrnehmer« der Frühindustrialisierung in Frage kommt oder gar als »Poet der Industrie«? Letztlich verneint er dies aber und sieht den Dichter eher dem kameralistischen Wissen seiner Zeit verhaftet (vgl. S. 81).

Auch spricht aus den »Fragmenten« eine eher nüchterne Weltsicht. Romantisiert wird lediglich der »merkantilistische Geist« als das eigentlich Produktive in der Gesellschaft, der »schaffende Geist«, »Geist der Kultur« usw. (vgl. S. 90f). Priddat sieht hierin bereits die »philosophisch getragene Legitimation der neuen Ökonomie«, die »Allokation der ›kulturellen Ressourcen«, die den ›wahren Reichtum« in der Vollendung des ›Ich« im Weltganzen erblickt« (S. 109). Dies wäre freilich eine Synthese von »äußeren« (ökonomischen) und »inneren« (seelischen) Gütern, welche aber die Nationalökonomie ebenso wenig einzuhalten vermochte wie der Kapitalismus. Also doch Romantik?

Ein anderer, ebenfalls bemerkenswerter Text ist mit »Kraft und Stoff« überschrieben und Julius Graf von Soden gewidmet. Soden wird der romantischen Schule der Nationalökonomie zugerechnet, ein Talent »voll von Geist«, aber an »Logik und Systematik mangelhaft« (S. 164). Er hinterließ 80 Bände, darunter eine neunbändige Nationalökonomie (1805/11), die als sein bestes Werk gilt. Auch der Begriff »Nationalökonomie« soll auf ihn zurückgehen. Soden war der erste, der zwischen Nationalökonomie und Staatswissenschaft streng unterschied und der ein eigenes Kategoriensystem der Ökonomie vorlegte. Dies hat sich allerdings nicht durchgesetzt. Ein besonderer Abschnitt ist Sodens doppeltem Vermögensbegriff gewidmet, welcher zwischen dem Vermögen als »Besitz« und dem Vermögen als »Fähigkeit« unterscheidet. Ersteres faßt er als »Stoff«, letztere als »produktive Kraft«, wodurch das Ganze, in Anlehnung an Schellings Naturphilosophie, eine metaphysische Dimension erhält. Bei A. Müller findet dieser Ansatz später im Begriff des »geistigen Capitals« seine Fortführung.

Interessant ist hieran, daß Soden seine Theorie der produktiven Kräfte in Gegenposition zu A. Smiths reduktiver Auffassung der produktiven Arbeit entwickelt hat. Während Smith aber aus seinem Begriff die meisten Dienstleistungen ausschloß, bezieht Soden diese ausdrücklich mit ein, was aus heutiger Sicht durchaus modern anmutet. Sein Begriff der »Produktivkräfte« hat sich in der Theorie gehalten, seine philosophische Deutung der Ökonomie hingegen nicht.

Drittens sei der Aufsatz über W. Roschers »historische Methode« erwähnt. Ausgehend von Schumpeters Urteil über Roscher, wonach dieser vor seinem eigenen Anspruch, die historische Methode einzuführen, versagt habe, gibt Priddat einen informativen Überblick über die Lebensleistung Roschers. Von Hause aus Historiker, transplantierte dieser die »historische Methode« als die Methode des Historikers in die Ökonomie und konzipierte so eine »politische Ökonomie«, die das Prädikat »politisch«, im Unterschied zur klassischen Political Economy, wörtlich auffaßte (vgl. S. 288).

Das heißt, er wollte sie als Wissenschaft keinesfalls auf die wirtschaftlichen Aspekte begrenzt sehen, sondern sah Sprache, Religion, Kunst, Recht, Staat etc., in ihrer Relation zur Wirtschaft, ebenfalls als Gegenstände der »Lehre von den Entwicklungsgesetzen des Volkslebens« (S. 289), wie er die Ökonomie verstand, an. Im Gegensatz dazu sah er die mathematische Methode als »idealistisch« an, da sie durch die mathematische Formierung der Zusammenhänge normativ vorgehen muß und in ihren Aussagen notwendig abstrakt bleibt.

Ein angesichts des heutigen Zustandes der ökonomischen Theorie als »angewandter Mathematik« sehr ernst zu nehmender Einwand!

Priddat schließt seine Ausführungen mit einigen aktuellen Überlegungen zum »Sozialstaat«, zum »rheinischen Kapitalismus« und zur europäischen Integration. Die dabei in Deutschland zu beobachtende »Form der sozialen Bedachtsamkeit« führt er u.a. auf die Tradition der deutschen Nationalökonomie zurück, als etwas Erhaltenswertem und nicht etwa rasch zu Überwindendem.

ULRICH BUSCH

Gerhard Wettig:
 Bereitschaft zu Einheit in Freiheit?
 Die sowjetische Deutschland-
 Politik 1945-1955,
 Günter Olzog Verlag München
 1999, 331 S. (24,80 DM)

An Ende und Anfang der DDR standen Entscheidungen, die nicht in Berlin, Hauptstadt der DDR, sondern in Moskau fielen. Gerhard Wettig, langjähriger Mitarbeiter und dann Leiter des Forschungsbereichs Außen- und Sicherheitspolitik am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, hat ausgangs seiner aktiven Laufbahn, wohl auch für sein nun aufgelöstes Institut eine materialreiche Untersuchung zur sowjetischen Deutschland-Politik im ersten Nachkriegsjahrzehnt vorgelegt. Wettig, streitbarer Vertreter seiner Zunft, hat sich seit Jahrzehnten mit den sowjetischen Einwirkungen auf den ostdeutschen Satelliten beschäftigt. Im vorliegenden Buch konnte er sich nun auf eine Fülle bis 1989/90 unzugänglicher Dokumente aus den internen Führungszirkeln der DDR (einschließlich von Akten des sonst gesperrten Archivs des Auswärtigen Amtes, das die Bestände des DDR-Außenministeriums übernahm) sowie sowjetischer Quellen stützen.

Er arbeitet vier Phasen dieser Politik für den genannten Zeitraum heraus: Ost-West-Kooperation 1945-1947; Aufbruch und Entfaltung des Kalten Krieges 1947-1949; Kampf um Deutschland in der ausgehenden Stalin-Zeit (1950-1952) und schließlich Übergang zur Zwei-Staaten-Politik in Deutschland und Änderung des Besatzungsregimes in der DDR ab 1953.

Das Buch hinterläßt allerdings zwiespältige Eindrücke. Das vorgelegte Material besticht durch die Möglichkeit, zumindest partiell sowjetische Entscheidungsprozesse transparent zu machen, die Arbeit an unterschiedlichen, auch konkurrierenden Konzepten im Machtapparat Moskaus zu erkennen. Überzeugend entwickelt Wettig die Überlegungen Berijas nach Stalins Tod in den Auseinandersetzungen 1953 um eine neue sowjetische Politik gegenüber Deutschland und insbesondere der

DDR. Er zeigt wohl zutreffend, daß dies gemeinsame Überlegungen – bei unterschiedlichen Akzentuierungen – der Mehrheit der sowjetischen Führung waren und die Beschuldigung, daß Berija die DDR dem Westen überlassen wollte, eher eine Verschleierung der aus der machtpolitischen Konkurrenz in Moskau und der neuen Lageanalyse erwachsenen Auseinandersetzungen war als daß sie wirklich substantiellen Inhalt hatten.

Die Kernüberlegung Wettigs findet sich erst auf der letzten Seite seiner Monographie. Für ihn war das »jahrhundertelange Dilemma« Deutschlands seine »entscheidend wichtige geostrategische Position in der Mitte Europas« und die Tatsache, daß es »zudem eine Macht (ist,) deren Potential die Ressourcen der anderen europäischen Länder (von der Randmacht Sowjetunion bzw. Rußland abgesehen) übersteigt«. Durch seine zentrale Rolle und seine Stärke waren die Nachbarn immer anheischig, nicht »den Deutschen deren innere Angelegenheiten allein zu überlassen«. Deutschland wurde im Gefolge des 30jährigen Krieges zum »Spielball fremder Mächte und zum Schauplatz von deren Kriegen«. Nach der Gewinnung von Einheit und Stärke seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts suchte Deutschland nun wiederum den Nachbarn seinen Willen aufzunötigen. Die Politik Hitlers führte dabei in »die totale Katastrophe«. Einen Ausweg eröffnete erst die westliche Integrationspolitik, in der »die Wechselseitigkeit der Koordination und Kontrolle« als »Markenzeichen der Integration« Deutschland erlaubte, aus dem Zwang auszubrechen, »Amboß oder Hammer im Kreis der europäischen Länder« zu sein. Entscheidend ist, daß mit dem Ende des Kalten Krieges nicht nur die staatliche Einheit wiederhergestellt wurde, »sondern das vereinigte Land auch die Integrationsbindungen der alten Bundesrepublik aufrechterhält«. (S. 327)

Wenn dies das forschungsleitende Motiv ist, dann ist klar, daß der Blick für mögliche alternative Ansätze verloren geht. So kenntnisreich Wettig den sowjetischen Kalten Krieg um Deutschland beschreibt, das dringende Bedürfnis Moskaus, seine ordnungspolitischen und ideologischen Ambitionen im Osten und möglichst in ganz Deutschland durchzusetzen, so seltsam einseitig fällt diese

ganze Angelegenheit aus. Alles wird auf den schließlich eingetretenen Zustand eines Sowjetsatelliten und festen Verbündeten hin analysiert, aber nicht die lange Unentschlossenheit – und damit auch die unterschiedliche Akzentsetzung im sowjetischen Konzeptions- wie Handlungsprozeß erfaßt. Offenkundig stand in Moskau bis 1953 immer wieder die Erreichung eines neutralen, mit der Sowjetunion verbundenen, durchaus kapitalistischen Deutschlands im Mittelpunkt. Seit Rapallo hatte die Sowjetunion immer diese Konzept als Bestandteil seiner außenpolitischen Strategie vertreten und wo möglich auch versucht anzuwenden – selbst mit verbissenen ideologischen und politischen Gegnern und zu Lasten seiner eigenen ideologischen Begründungszusammenhänge. Für Wettig bleibt die Stalin-Note 1952 nur eine Finte und er sieht keinen Grund, den Westen ob einer verpaßten Möglichkeit zu schelten, die sowjetische Politik auszutesten.

Wettig muß dies in einseitiger Sicht verdrängen, wenn allein auf die sowjetischen Handlungen geschaut wird, nicht auf die auch durch den Westen mit herbeigeführte Kalte-Kriegs-Situation. Daß hier von beiden Seiten tief verwurzelte Feindbilder handlungsbestimmend wurden, daß wechselseitige Fehleinschätzungen Bedrohungsgefühl und damit Abwehrhandlungen begünstigten, spielt keine Rolle. Unabhängig davon, ob das sowjetische Interesse an einer tatsächlichen Ost-West-Kooperation als eher taktische oder strategische Zielsetzung Moskaus akzeptiert wird, bleiben zumindest die Wahrnehmungen Moskaus hinsichtlich westlicher Aktionen ungewürdigt. Moskau erscheint immer als böser Bube seit Shdanows Zwei-Lager-Rede in Szklarska Poręba 1947. Churchills Fulton-Auftritt oder die Truman-Doktrin finden keine Erwähnung, ebenso wenig die Erfahrungen mit Griechenland oder der Ausschluß kommunistischer Minister in Frankreich und Italien. Der Marshall-Plan wird allein als selbstloser Beitrag der USA zum Wiederaufbau Europas gewürdigt, ohne daß politische Ambitionen der USA eine Rolle spielten.

Wettig fragt bewußt, wie die im östlichen politischen Wortschatz verwendeten Vokabeln – Demokratie, Antifaschismus, Fortschritt usw. – im politischen und ideologischen Kontext zu

bewerten sind. Dies erhellt für eine Bewertung von Dokumenten außerordentlich. Leider verabsäumt er, diesen notwendigen kritischen Umgang mit Worthülsen auch auf das westliche Vokabular anzuwenden. Freiheit reduziert sich in allen diesen Betrachtungen auf die politische Ebene, obwohl es natürlich auch immer um die Freiheit von wirtschaftlichem Handeln und Kapitalbesitz ging. Daß es hier möglicherweise unterschiedliche Bewertungen geben könnte, daß nicht alle allein aus der Unterordnung unter Stalins Machtkalkül handelten, bleibt unberücksichtigt.

Ebenso wenig hinterfragt der Autor die Rolle der deutschen Kommunisten, die natürlich als Bundesgenossen der Sowjetunion agierten, aber auch eigene politische Ambitionen hatten – sicher nicht nur für sich und die eigene Karriere, sondern durchaus mit einem Sendungsbewußtsein, in Deutschland endlich sozialistische Verhältnisse (so, wie sie sie verstanden) einzuführen, den Faschismus und den für ihn verantwortlich gemachten Kapitalismus auszumerzen.

Interessantes Material wird zur Westarbeit der KPD bzw. SED offeriert. Er verweist auf die vielfältigen Einflußversuche, um in den westlichen Besatzungszonen und dann in der Bundesrepublik eine positive Stimmung für die sowjetische Politik herzustellen und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Auch hier steht aber wieder die Frage, ob es dafür kein westliches Äquivalent gab und welche Rolle es wiederum für die östlichen Verhaltensweisen, einschließlich der massiven Repression kritischer und oppositioneller Kräfte gab.

Trotz dieser Einschränkungen ist die vorliegende Studie hilfreich, die sowjetische Politik (und bedingt die ostdeutsche und DDR-Politik) im Nachkriegsdeutschland zu erfassen. Es zeigt sich aber auch, daß der restriktive sowjetische Archivzugang immer noch hemmt. Schließlich ist ohne eine komplexe Sicht auf die Vorgänge, ohne das Aufzeigen der Handlungen aller beteiligten Seiten und die Suche nach den Motivationen der Akteure nur schwer ein ausgewogenes Bild zu zeichnen, daß nicht nur erklärt, warum 1989 das System scheiterte und zwingend die Ursachen schon bei der Gründung findet.

STEFAN BOLLINGER

Michael Ploetz:
Wie die Sowjetunion den
Kalten Krieg verlor. Von der
Nachrüstung zum Mauerfall,
Propyläen-Verlag Berlin/München
2000, 456 S. (48 DM)

Die Frage »Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor« scheint eigentlich hinlänglich beantwortet. Eine Publikation mit diesem Titel, die Michael Ploetz – ein junger Historiker, der von 1993 bis 1998 am Kriegsforschungsinstitut des Londoner King's College tätig war und jetzt Mitarbeiter des Forschungsverbunds SED-Staat in Berlin ist – verfaßte, erweckt deshalb Interesse, weil im »Waschzettel« des Buches darauf hingewiesen wird, daß es auf dem Studium von Akten aus dem SED-Archiv beruhe, aus denen sich »die Endphase des Sowjetimperiums heute minutiös rekonstruieren« lasse.

Insgesamt hat der Autor mit seiner Auswertung der Archivalien jedoch kaum etwas zutage gefördert, was eine genauere Bewertung des Kalten Krieges und der Ursachen für den Zusammenbruch der UdSSR erlauben würde. Da das SED-Archiv schon für die Erforschung des Innenlebens der SED so wenig ergiebig ist, verwundert es nicht, daß die Aussagekraft der Materialien in Hinblick auf Fragen, die ohnehin von der Führung der KPdSU und von der US-Administration entschieden wurden, noch spärlicher ist.

M. Ploetz behandelt die sowjetische Militärstrategie im Zweiten Kalten Krieg, die »Kriegshysterie« in der UdSSR, Strategie und Taktik des Friedenskampfes, die westlichen Friedensbewegungen und die Rolle der SPD, den Zerfall des Bündnisses DDR-UdSSR sowie die »Kommunistische Götterdämmerung«.

Was die Auswertung der Protokolle, Berichte und Gesprächsnotizen aus den Akten anbelangt, so fällt auf, daß sie in den Grundfragen der Einschätzung der politischen, ökonomischen und militärischen Lage nichts anderes als die seinerzeit veröffentlichten Reden und Beschlüsse der Partei- und Staatsführungen enthalten. Anders liegt es bei den internen Manöverberichten, in denen mit erstaunlicher Nüchternheit und teilweiser Selbstkritik die

Schwächen der militärischen Kräfte des Warschauer Vertrags zum Ausdruck kommen. Von Interesse sind außerdem die internen Studien der multilateralen Projektgruppe »Stern«, die 1974 von den Staaten des Warschauer Vertrags zur Erforschung der Ost-West-Beziehungen gebildet wurden. Deren Protokolle und Strategiepapiere bieten einen guten Einblick in die Fortschritte bei der analytischen Erfassung des tatsächlichen Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Es wird deutlich, wie wenig diese Analysen in der Politik der Länder des Warschauer Vertrags Berücksichtigung fanden bzw. wie wenig der Warschauer Vertrag in den achtziger Jahren überhaupt noch in der Lage war, dem wachsenden Übergewicht der kapitalistischen Zentren etwas entgegenzusetzen.

M. Ploetz konzentriert sich nun allerdings nicht auf das Erfassen der komplizierten Verflechtungen von Militärpolitik und ökonomischem Wettbewerb. Irgendetwas – vielleicht die relativ geringe Ergiebigkeit der Archivalien – hat ihn dazu getrieben, sich in fast jedem Kapitel Grundsatzfragen der Politik, Weltanschauung und Geschichte zuzuwenden – und zwar durchgängig mit einem politischen Vorverständnis, das in der Ideologie der Kommunisten nichts als einen »paranoiden Wahn« (S. 329) und in ihrer Politik nichts als einen Ausdruck »paranoider Weltsicht« (S. 343) entdeckt. Über den ausufernden Gebrauch von Begriffen wie Chiliasmus, Milenarismus und manichäisch gerät der Autor dahin, das den Kommunisten vorgeworfene Denken in einem reinen Freund-Feind-Schema selbst anzuwenden. Daß dem Streben der Kommunisten nach einem Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab eine adäquate Strategie des Kapitalismus für einen Sieg der eigenen sozialökonomischen Ordnung in der Welt entgegengestanden haben könnte, kommt ihm niemals in den Sinn. Den Kommunisten unterstellt er einen unbändigen Willen zum Krieg, der nur durch externe Faktoren eingedämmt werden konnte. »Lenins Kriegstheorie« ist ein Abschnitt von vier Seiten (S. 26-29) überschrieben. Situationsbezogenheit und genauere zeitgenössische Zusammenhänge bleiben nicht nur an dieser Stelle unerwähnt. So wird eine Rede Lenins, in der er für den Übergang zu einer Neuen Ökonomischen

Politik plädiert und das Beispiel des vergeblichen japanischen Sturmangriffs auf Port Arthur anführt, um die Notwendigkeit einer geduldigen, längerfristigen Strategie für den Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland zu begründen, von M. Ploetz als Beweis für die prinzipielle Aggressionsbereitschaft der Kommunisten herangezogen. Aus dem Satz im Programm der KPdSU: »Aus der Sicht der inneren Bedingungen braucht die Sowjetunion keine Armee«, schlußfolgert M. Ploetz: »Zugespißt formuliert, benötigte die UdSSR also nur noch deshalb eine Armee, weil es im Ausland Klassenfeinde gab, die sich ihrer Liquidierung widersetzen.« (S. 63) Aus einer gemeinsamen Feststellung von Axen und Ponomarjow über die Notwendigkeit einer längeren Friedensperiode, um die Überlegenheit des Sozialismus entscheidend ausbauen zu können, folgert M. Ploetz: »Obschon sie nicht explizit davon sprachen, legt der Begriff ›Friedensperiode‹ den Verdacht nahe, daß die finale Liquidierung des europäischen Bürgertums in einem Krieg erfolgen sollte.« (S. 333) Den eigentlichen Zweck einer Unterstützung der Länder des Warschauer Vertrags für Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt sieht M. Ploetz darin, »in der kapitalistischen Ersten Welt einschneidende Wirtschaftskrisen« zu verursachen. »Der militärischen Stärke der sozialistischen Staaten« – so folgert er – »kam derweil die Aufgabe zu, die westlichen Regierungen zu zwingen, der stückchenweisen Zerstörung ihres Gesellschaftssystems tatenlos zuzusehen. Im Kontext dieser Strategie war die Entspannung nicht einmal ein Waffenstillstand, sondern ein bloßes Ablenkungsmanöver, das die Massierung der ›revolutionären‹ Kräfte so lange verschleiern sollte, bis diese gefahrlos zum Todesstoß ansetzen konnten.« (S. 129)

Es kann den Leser danach nicht mehr wundern, daß die Überlegungen der SPD für Gemeinsame Sicherheit nicht nur »gefährlich« (S. 204) waren, sondern daß deren Konstrukteur, der »überforderte« Egon Bahr (S. 237), mit seinem Verlangen nach einer »einseitigen Entwaffnung des Westens« (S. 227) schließlich zum »Kollaborateur« wurde. (S. 338, Anm. 22)

Das sehr vielschichtige Problem des militärischen Kräfteverhältnisses wird von M.

Ploetz souverän bewältigt, indem er z.B. im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Forward Based Systems den Sowjets vorwirft, sie »konnten und wollten nicht akzeptieren, daß diese US-Waffen vor allem dem psychologischen Wohlbefinden der europäischen NATO-Partner dienten.« (S. 72) Die apokalyptischen Warnungen vor der Neutronenwaffe seien unbegründet, da sie »tatsächlich für den taktischen Einsatz gegen massierte Panzerverbände gedacht« wäre. (S. 131) Der zweite Kalte Krieg habe sich zwischen einem »zerbröckelnden« Warschauer Vertrag und – man lese und staune – einem »sich rapide demilitarisierenden Westen« abgespielt. (S. 362)

Seine einseitig zugespißte Gesamtsicht hindert M. Ploetz daran, Differenzierungsansätze, die man ihm nicht gänzlich absprechen kann, zur genaueren Analyse des ungemein komplizierten Verlaufs der Endphase des zweiten Kalten Krieges zu nutzen.

HARALD LANGE

**Hans Schafranek unter
Mitarbeit von Natalja Mussienko:
Kinderheim Nr. 6.
Österreichische und deutsche
Kinder im sowjetischen Exil,
Döcker Verlag Wien 1998, 251 S.**

Die Geschichte des deutschsprachigen Exils in der Sowjetunion ist, stimuliert von der zeitweilig weitgehenden Öffnung der russischen Archive, in den neunziger Jahren in Deutschland und in Österreich breit und vielschichtig behandelt worden. Die Historiographie konzentrierte sich dabei auf die Geschichte der »erwachsenen Emigration« und sparte deren »zweite Generation« – die Kinder, die im Kindes- oder Jugendalter auf verschiedenen, manchmal abenteuerlichen Wegen ihren Eltern folgten oder allein in die Sowjetunion kamen – so gut wie aus.

H. Schafranek, der ausgewiesene Wiener SU-Exilforscher, nahm sich – zusammen mit der russischen Kollegin Natalja Mussienko – dieses bisher vernachlässigten Themas an. Das Buch gründet sich auf umfangreiche Studien in verschiedenen Moskauer Archiven

und eine Vielzahl lebensgeschichtlicher Interviews des Autors mit Überlebenden in Österreich, Deutschland und Rußland.

Es geht vor allem um Kinder der österreichischen Schutzbündler. Sie wurden, nachdem der antifaschistische Aufstand in Wien vom Februar 1934 niedergeschlagen worden war und viele der Teilnehmer den Tod fanden oder in Gefängnisse kamen, von der Internationalen Roten Hilfe (IRH, russ. MOPR) und der Roten Hilfe Österreichs (RHÖ), ohne die Eltern und zumeist illegal, in die Sowjetunion geschleust, wo für sie in Moskau ein Heim – eben das Kinderheim Nr. 6 – eingerichtet wurde. Schafranek zeichnet die Geschichte dieses Heimes, in das auch einige deutsche Kinder kamen, nach und konzentriert sich auf die dirigistischen und indoktrinierenden Seiten der Erziehungsmethoden dort; das Bild des eigentlichen Heimlebens bleibt dahinter blaß und vermag die »positiven Erinnerungen an das Kinderheim« (S. 78) bei den meisten seiner Bewohner, auch der später Befragten, nicht zu erklären.

Den Schwerpunkt legt der Autor auf die späteren Lebenswege der Bewohner und Mitarbeiter des Heimes – im letzten Teil auch anhand von sechs biographischen Einzelstudien – bis in die Nachkriegszeit hinein. Die fast durchweg tragischen Schicksale – nicht wenige endeten mit dem Tod durch Erschießen und Lagerhaft in der UdSSR – sind zutiefst berührend. Und sie widerspiegeln die widersprüchliche Geschichte der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts: die tätige Solidarität kommunistischer (oder kommunistisch dominierter) Organisationen – und die Instrumentalisierung von einzelnen und Gruppen, auch der Kinder, im Interesse der sowjetischen Politik (z.B. im Zusammenhang des Stalin-Hitler-Paktes 1939), die schließlich die kommunistische Idee und die sozialistische Praxis pervertierte.

Die durchgehend kritische Tonlage gegenüber solchen Organisationen wie die IRH bzw. der Komintern und den ihr angeschlossenen Parteien ist berechtigt: Sie ließen sich instrumentalisieren und übernahmen im Zuge dessen den persönlichkeitsnegierenden Umgang mit ihren Mitgliedern und deren Kindern. Dafür enthält das Buch erschreckende Beispiele (u. a. das Schicksal des deutschen

Pädagogen Fritz Beyes, S. 92-114, und die o. g. sechs biographischen Studien, S. 143-206). Dennoch scheint ein differenzierteres Herangehen an Geschichte und Wirken z. B. der IRH angebracht: Sie, überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen finanziert, half in wirklichen Notlagen, auch den Kindern, um die es hier geht, was Schafraneks Darstellung mehr mittelbar als direkt zu entnehmen ist, so aus dem Abschnitt »Familiengeschichtlicher Hintergrund der emigrierten Schutzbundkinder« (S. 22-30).

Das trifft auch für einzelne Spitzenfunktionäre der MOPR (und viele ihrer namenlosen Helfer) zu, so N.N. Scharonow (von Schafranek nur in einer Fußnote beiläufig erwähnt), der sich nachweisbar für in NKWD-Heime verbrachte Kinder verhafteter ausländischer Kommunisten eingesetzt hatte und dem offensichtlich die schnelle Lösung des von Schafranek beschriebenen Problems, die Rückkehr eines der Kinder 1947 nach Österreich betreffend (S. 191), zu danken war.

Der Autor wendet sich ein weiteres Mal dem großen antisozialistischen Terror der Jahre 1937/1938 zu, der mit der vom NKWD konstruierten »Operation Hitlerjugend« auch die damals in Moskau lebenden österreichischen und deutschen Jugendlichen mit voller Wucht traf. Die Materialien dazu hatte N. Mussienko zusammengetragen (vgl. Neues Deutschland vom 28. August 1995 und Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 1, 1996). Schafranek konzentriert sich besonders auf den verbrecherischen Mechanismus der Terrorpraxis, deren Achse absurde Vorwürfe, Lüge, Dokumentenfälschung und Folter bildeten. (In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß das vom Autor auf S. 108 mit einem Fragezeichen versehene »Geständnis« H. Schinkels, F. Beyes sei »antisowjetisch eingestellt«, einem mit Sicherheit von den NKWD-Vernehmern gefälschten Protokoll entstammt, das keine einzige eigenhändige Unterschrift Schinkels enthält, sondern nur seinen maschinenschriftlich eingetragenen Namen.) Anhand der NKWD-Akten verfolgten N. Mussienko und H. Schafranek die weiteren Schicksale der verhafteten und gefolterten Jugendlichen: Mehrere wurden erschossen, die anderen kamen in Arbeitslager, nur wenige überlebten.

Auch die Lebenswege derjenigen, die der Terror nicht unmittelbar getroffen hatte, waren – seit dem 22. Juni 1941 überschattet vom Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion und der übermenschlichen Anstrengung des Krieges – schwer. Einige der Jugendlichen wurden in die sogenannte Arbeitsarmee (Trudarmija) verpflichtet, deren Bedingungen sich kaum von den Strafearbeitslagern unterschieden hatten – und überlebten diese nicht.

Bei der Darstellung der entbehrungsreichen Lebensbedingungen der übrigen Emigranten und ihrer Kinder sollte nicht unerwähnt bleiben, daß diesen Bedingungen, den nicht selten tödlichen Hunger eingeschlossen, die gesamte sowjetische Bevölkerung ausgesetzt war – und die Hauptursache dafür war der vom faschistischen Deutschland angezettelte Krieg.

Das Buch reiht sich ein in die Historiographie des sowjetischen Stalinismus und erhält ein besonderes Gewicht als Beitrag zur »Vermenschlichung« der Geschichte, indem es auf Lebensläufe einzelner – in diesem Fall einer Gruppe von Kindern und Jugendlichen – aufmerksam macht, was in der bisherigen Geschichtsliteratur – in Ost und West gleichermaßen – weitgehend vernachlässigt wurde.

ULLA PLENER

Gerhard Kaiser:
Rußlandfahrer.
 Aus dem Wald in die Welt.
 Facharbeiter aus dem Thüringer
 Wald in der UdSSR 1930-1965
 WAGE-Verlag Tessin 2000,
 260 S. (15 DM)

Bei der Industrialisierung der Sowjetunion folgte die KPdSU unausgesprochen Trotzki's Idee von einer »ursprünglichen Akkumulation« – mit äußerster Brutalität. Die durch die Trennung von Produzenten und Produktionsmitteln freigesetzten Bauern, zumeist Analphabeten, waren allerdings nur zu einfacheren Arbeiten einsetzbar. Um den schnell spürbaren Facharbeitermangel zu beheben, bediente sich die KPdSU deshalb der Kommunistischen Internationale, besonders der KPD. Ab 1928 wurde die Einwanderung von deutschen Facharbeitern forciert.

Gerhard Kaiser beschreibt das Schicksal thüringischer Facharbeiter – viele von ihnen Mitglieder und Sympathisanten der KPD –, die die Arbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise in der Sowjetunion eine Alternative sehen ließ. Sie gehörten zu den 20000 Ausländern, die mit ihren Familien bis 1932 dem Ruf folgten, am Aufbau des Sozialismus teilzunehmen. Kaiser wählt den »Blick von unten«, er folgt dem Schicksal einzelner Familien, darunter Werkzeugmacher aus Suhl und Glas- und Thermometermacher aus der Ilmenauer Gegend, die oft unter schwierigsten Bedingungen Betriebe in der UdSSR aufbauten.

Auf dem NKWD-Gelände in Butowo bei Moskau wurden zwischen 1936 und Anfang der vierziger Jahre 20 765 Menschen erschossen und in Massengräber verscharrt, unter ihnen viele Thüringer, die meisten am 28. und 29. Mai 1936 (in Anhang sind die Namen und Schicksale der Auswanderer aufgelistet).

Andere Thüringer lieferte die Sowjetunion an Deutschland aus oder schickte sie in Lager. Beide Wege führten viele Opfer direkt in den Tod. Kaiser schreibt gegen das Vergessen an – ohne alle Polemik. Was bei diesem Thema keineswegs selbstverständlich ist.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Harald Werner (Hrsg.):
Zwischen Staat und Markt.
 Der öffentlich geförderte
 Beschäftigungssektor,
 VSA-Verlag Hamburg 1999,
 202 S. (29,80 DM)

Crossover:
**Regionales Wirtschaften als linke
 Reformperspektive,**
Westfälisches Dampfboot
 Münster 2000, 228 S. (29,80 DM)

Beide Bücher widmen sich verwandten und sich teilweise überschneidenden Themen. In dem von Harald Werner herausgegebenen Buch geht es im engeren Sinne um den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Im Crossover-Buch ist der ÖBS eingebettet in Analysen und Vorstellungen über regional-

wirtschaftliche Steuerung. Damit wird auch deutlich, welche Diskussionszusammenhänge den Aussagen beider Bücher zugrunde liegen: Harald Werner bezieht sich auf den, von ihm wesentlich selbst geprägten PDS-Diskussionszusammenhang um die PDS-Bundestagsfraktion mit wenigen Ausnahmen. Dem Crossover-Buch liegt ein ca. zweijähriger parteiübergreifender Diskussionsprozeß von linken Grünen, SozialdemokratInnen und demokratischen SozialistInnen zugrunde. Damit ist erklärt, daß in Harald Werners Buch eine relativ einheitliche Sichtweise auf die Problematik (bis auf den Beitrag von Helmut Holter) zugrunde liegt, während im Crossover-Buch unterschiedliche Ansätze anzutreffen sind.

Von zentraler Bedeutung im erstgenannten Band ist der von Harald Werner zusammen mit Matthias W. Birkwald und Heidi Knake-Werner geschriebene Beitrag »Vom Beschäftigungsprogramm zum Umbaukonzept« (S. 98-111), in dem sie nochmals ihre Vorstellungen vom ÖBS entwickeln. Die zentrale Idee für den ÖBS sei, die »Selbstorganisationsfähigkeit« der Gesellschaft zu fördern. Es gehe darum, neue alltägliche Basisbeziehungen zu schaffen, um die schwächer werdenden Einflüsse von Familien, Nachbarschaft und Betrieb auszugleichen. Die AutorInnen meinen, der ÖBS könnte »die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass nichtkommerzielle Eigenaktivitäten alltagsnahe Kooperation und soziales Miteinander jenseits von Markt und Staat neu entstehen« lassen. (S. 84) Freiwillige Zusammenschlüsse sollen durch qualifizierte Hauptamtliche unterstützt werden oder Serviceleistungen für Initiativen, Vereine und Selbsthilfegruppen, aber auch für ehrenamtliches Engagement in Politik und Gewerkschaft zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt ein schlüssiges Konzept, das im einzelnen aufgeschlüsselt wird.

Andererseits bleiben Fragen offen. So wird das Verhältnis zum traditionellen zweiten Arbeitsmarkt sehr ungenau oder kaum beschrieben. Er soll »zur Ausgangsbasis eines völlig neuen Sektors« gemacht werden. (S. 70) Auch das Verhältnis zur Privatwirtschaft und den jetzt agierenden Sozialverbänden u.a. wird kaum thematisiert. Zwar wird der Zusammenhang zu anderen Feldern der Sozialpolitik beschworen, aber die finanziellen Konsequenzen

werden nicht in den Zusammenhang mit anderen sozialpolitischen Forderungen der PDS gestellt. Zur Finanzierung wird einerseits richtig nachgewiesen, daß man die Selbstfinanzierungseffekte nicht überschätzen dürfe. Andererseits aber ist es eine tiefe Illusion zu glauben, der vorgeschlagene Fonds für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben auf zentraler Ebene würde keine große Bürokratie nach sich ziehen. Aber offenbar hängen diese Illusionen damit zusammen, daß die AutorInnen auch beim Non-Profit-Sektor unbedingt eine »gesamtgesellschaftliche Planung und Kontrolle« einführen wollen. (S. 89)

Aber all diese Fragen des Rezensenten sind ohnehin nicht relevant, weil die AutorInnen davon ausgehen, daß der von ihnen konzipierte ÖBS ohne einen neuen Verteilungskompromiß und eine gerechtere Einnahmepolitik bei Steuern und Sozialabgaben (u.a. Wertschöpfungsabgabe) sich nicht realisieren lasse. Unter diesem Gesichtspunkt bleibt ein solcher Sektor eine schöne Idee und man kann sich die ganzen Modellversuche im Osten sparen.

Offenbar wollen die AutorInnen mit diesem Sektor zu viel erreichen (gesamtgesellschaftliche Umwälzung, S. 95). Dadurch verlieren sie den Blick für das Mögliche. Das liegt u.a. daran, daß sie völlig überzogene Einschätzungen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation vornehmen. So stellen sie die These auf, daß die soziale Reproduktion der Gesellschaft nicht mehr gewährleistet sei. Auch gehen sie der Vorstellung nach, der öffentliche Sektor müsse expandieren und lehnen die Vergabe von öffentlichen Dienstleistungen an private Unternehmen generell ab. Das bedeutet eine klare Absage an die Eigentumsvielfalt und offenbar auch eine Absage daran, daß ÖBS-Projekte sich einmal selbst finanzieren und am Markt erfolgreich teilnehmen sollten.

Anderere Positionen, wie z.B. die von W. Brüggem (siehe Crossover-Buch) werden mit der agitatorischen Keule erschlagen. So wird ihm unterstellt, er bemerke nicht, »dass hinter der theoretischen Markttheorie die schmutzige Praxis der Profitmaximierung« stehe. (S. 78) Drei Seiten später wird aber (mit Uwe Klett) positiv vermerkt, daß die Kommune selbst nicht Träger von Projekten der sozialen Infrastruktur sein müsse.

Joachim Bischoff konstatiert eine »tiefe gesellschaftliche Krise in den kapitalistischen Metropolen«. Diese weitreichende Position untersetzt er nicht länger. Er vertritt die These, daß »nur in einer Kombination von Wirtschaftssteuerung, Erneuerung des Sozialstaates und einem neuen gesellschaftlichen Rahmen für den dritten Sektor« diese Krise zu überwinden sei. (S. 56) Ausgehend davon meint Bischoff, daß eine Entwicklung des dritten Sektors ohne gleichzeitige Reform des Sozialstaates unrealistisch sei. (S. 53) Er begründet diese Position damit, daß es eine Gemengelage des zivilgesellschaftlichen Geflechts von Verbänden, Vereinen, Stiftungen etc. mit der politischen Struktur des Gemeinwesens einerseits und den überlieferten Verteilungsverhältnissen und Umverteilungsströmen andererseits gebe. Zudem stelle auch die Überschneidung von öffentlichem Sektor und Teilen der Non-Profit-Organisationen ein gewichtiges Hindernis dar. Außerdem gebe es auch deshalb eine große politische Zurückhaltung dem Non-Profit-Sektor gegenüber, solange die Expansion des Non-Profit-Sektors mit einem Abbau von Leistungen und Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst verbunden sei.

Der Autor will »eine neue Mischung von freiwilliger Tätigkeit und bezahlter Erwerbsarbeit« im Dritten Sektor erreichen. (S. 64) Er erläutert aber nicht, in welcher Weise das geschehen könne. Aber genau auf die konkrete Ausformung kommt es an, um sich von anderen Vorstellungen aus verschiedenen Lagern abzugrenzen. Zuzustimmen ist seiner Position, daß es darauf ankomme, eine neue (Klassen?)-Koalition zwischen Lohnabhängigen und zumindest relevanten Teilen der sozial Ausgegrenzten herzustellen. Dabei könne die Anerkennung der Vielfalt der bürgerlichen Vereine und Organisationen zum einen und die steuerliche Förderung und finanzielle Subventionierung des Dritten Sektors Voraussetzung für einen Aufschwung in der sozialen Integration und eine neue Qualität des gesellschaftlichen Konsensus schaffen.

Helmut Holter begreift den ÖBS als eine arbeitsmarktpolitische Strategie zur Verbesserung der Kooperation regionaler Akteure, die gemeinsam dem Ziel der Verbesserung der Beschäftigungssituation und einer zukunftsorientierten Gestaltung der Region verpflichtet

sind. (S. 138) Im Unterschied zu anderen geht er auf den Zusammenhang von ÖBS und Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ein (ähnlich wie im Beitrag von Uwe Kremer und Benjamin Mikfeld im Crossover-Buch). Anders als in den Beiträgen von Harald Werner u.a. sieht Holter in Wettbewerb und Kooperation zwei Antriebslogiken im Prozeß der Entstehung und Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit, wenn man sie nicht auf Vereinfachungen reduziere. (S. 137) Holter betont auch, daß ÖBS in Mecklenburg-Vorpommern durchlässig zum ersten Arbeitsmarkt sein müsse. Holter geht es auch um die Auflösung der strukturpolitisch defensiven Addition individueller Leistungsansprüche und deren Überführung in gemeinnützige Projekte.

Der Vorteil von Holters Beitrag liegt darin begründet, daß er nicht isoliert auf den ÖBS starrt, sondern ihn in die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge und Mechanismen auf Landesebene einbettet.

Genau diese breitere Sicht durchzieht die Mehrheit der Beiträge im Crossover-Buch, obwohl hier sehr unterschiedliche Positionen ausgeführt werden. Im Eingangsbeitrag grenzen sich Uwe Kremer und Benjamin Mikfeld von der gängigen wirtschaftspolitischen Alternative (Angebotsorientierung contra Stärkung der Binnennachfrage) ab. Eine solche Sichtweise verschleie sich dem strukturellen Problem, daß wir es mit einer gespaltenen ökonomischen Entwicklung zu tun hätten, »die in der Tendenz auf eine Entkoppelung der Akkumulationsdynamik des Exportsektors vom Binnensektor hinausläuft«. (S. 18) Während nach wie vor hohe Exportgewinne erzielt würden, leide der Binnensektor unter einer stagnierenden Nachfrage und darunter, daß ihm die Rationalisierungserfolge der hochproduktiven Sektoren vermittelt über wachsende Arbeitslosigkeit und entsprechend steigende Lohnnebenkosten aufgehalst werden.

Von dieser Position ausgehend, leiten die Autoren ihre Grundthese ab: »Erforderlich ist ein gesamtwirtschaftlicher Transfermechanismus, der die Produktionsgewinne des Exportsektors zum Aufbau von qualifizierter Beschäftigung im Binnensektor nutzt«. Hier plädieren die Autoren für eine Verbindung von Verteilungs- und Strukturpolitik, vor allem sprechen sie sich für eine differenzierte Bela-

stung durch Steuern und Abgaben aus und wollen einen Fonds »Nachhaltige Regionalentwicklung« bilden. Die höhere Belastung nicht investierter Gewinne sowie hoher Geldvermögen und ihrer Erträge können Mittel für diesen bundesweiten Fonds bilden. Die Autoren plädieren für eine konsequente Einbindung der Arbeitsmarktpolitik in das Modell der integrierten Regionalwirtschaft.

Willi Brüggens geht ebenfalls von dem blockierten Werttransfer der Weltmarktindustrien zu den regionalen Wertschöpfungsketten aus. Seine These lautet: Von den großen Konzernen müsse man lernen, um diese Blockade aufzubrechen und »geplante Märkte« in der Regionalökonomie schaffen. Brüggens betrachtet ausführlich neue Entwicklungsprozesse in den Konzernen und schlußfolgert, daß diese Prozesse für die Regionalökonomie zu nutzen seien. Es gehe darum, »neue qualitativ gezielte Transferprozesse zu organisieren, ohne dabei auf Bürokratie, Kontrolle und Bevormundung zurückgreifen zu müssen«. (S. 86) Was angeboten werde, entscheide die Politik. Die Frage, wer diese Leistungen am qualitativ besten, am effizientesten und am kundenfreundlichsten erbringt, bleibe dem Marktmechanismus überlassen. Die Politik müsse sich die Entscheidung darüber vorbehalten, welche Leistungen gefördert werden sollen und welche Kriterien die Leistungsanbieter erfüllen müssen, damit sie in den Genuß dieser Förderung kommen. Es würde so keinen Interessengegensatz zum privaten Handwerk und zu öffentlich geförderten Beschäftigungsinitiativen geben. Ein Niedriglohnsektor und eine Aufspreizung des Lohngefälles würde vermieden.

Diesen Problemlösungen steht Reiner Schiller-Dickhut skeptisch gegenüber. Er meint, daß die Trennung von Auftragsvergabe (Politik) und Auftragnehmer eine Illusion sei. Es würde nicht weniger bürokratisch sein, weil andere Ineffizienzen und Bürokratien entstehen würden (zusätzliche Kontroll- und Steuerungsmechanismen für Anbahnung, Vereinbarung, Koordination und Kontrolle von Tauschaktivitäten). Es entstünden eventuell niedrige Beschaffungskosten, aber dafür höhere Transaktionskosten. Warum dann nicht gleich konsequent die Verwaltungen und öffentlichen Betriebe reformieren, statt sich

durch die Ausschreibungsverfahren und die Übertragung der Aufgaben an Dritte zusätzliche Glieder im Steuerungsmodus einzubauen.

Offen bleibt aber, auf welchen Wegen er den öffentlichen Sektor reformieren will, daß diese bessere Effekte erzielen. Andererseits kann man ihm gut folgen, wenn er zwischen personenbezogenen Dienstleistungen in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit und Kultur einerseits und infrastrukturbezogenen Aufgaben mit den Bereichen Verkehr, Energie, Telekommunikation, Abfall und Abwasser (Kommunalwirtschaft) unterscheidet. Brüggens Modell mache zwar im ersten Bereich Sinn, aber nicht im zweiten. Dort hätten die Bürger ohnehin nicht die Möglichkeit, sinnvoll zwischen verschiedenen Angeboten zu wählen. Im öffentlichen Nahverkehr seien hingegen Ausschreibungen durchaus sinnvoll.

Gerade diese Auseinandersetzung ermöglicht es, unterschiedliche Konzepte zu vergleichen. Relativ unabhängig von dieser Debatte sind die Beiträge zum ÖBS. Diese wiederum sind deutlich gespalten in Theoriebeiträge (Harald Werner, Frieder Otto Wolf) auf der einen und den Beiträgen, die auf praktische Veränderungen (PDS-Erfahrungen in ostdeutschen Ländern) zielen. Aber auch dort gibt es unterschiedliche Ansätze. Nach dem Lesen der Beiträge stellt sich deutlicher die Frage, ob es einen in großem Umfang aufgebauten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als die Alternative für mehr Beschäftigung überhaupt geben kann, der nicht von unten wächst. Deshalb konzentriert sich die Debatte offenbar auch mehr und mehr auf Modellversuche und auf eine Überwindung der Mängel von AMB. Eine organische Einbettung in die Regionalökonomie, die zwar in den verschiedensten Beiträgen gefordert wird, ist offenbar kaum ausführlicher bzw. organisch entwickelt.

Auffallend ist auch der unterschiedliche Blickwinkel zwischen den verschiedenen Beiträgen: Während die einen ihren Zielpunkt auf mehr Effizienz und auf eine andere Organisation der regionalen Ökonomie legen und die Schaffung von Arbeitsplätzen nur indirekt eine Rolle spielt, gehen die andern zu kurzschlüssig nur von der Arbeitsplatzfrage aus und nehmen die strukturellen ökonomischen Fragen kaum oder nicht in ihre Betrachtung auf. Wenn man auch das Nebeneinander ver-

schiedener Debattenlinien bemängeln kann, so hat das Buch doch u. a. den Vorteil, daß es dieses Nebeneinander offenbart und den Blick der jeweiligen Akteure bzw. Theoretiker auf die anderen Sichtweisen öffnen kann. Noch wichtiger ist es, sich beide Bücher zusammen als Lektüre vorzunehmen, um einen Überblick über den Debattenstand aus den verschiedenen Diskussionszusammenhängen zu erhalten.

HORST DIETZEL

Jonathan Strom:
Orthodoxy and Reform: The
Clergy in Seventeenth Century,
 Beiträge zur historischen
 Theologie 111,
 Mohr Siebeck Tübingen 1999,
 282 S. (168 DM)

Strom, der 1987/88 als Fulbright-Stipendiat und später (1992/94) in Rostocker Archiven forschte, versucht, theologische und religiöse Entwicklungen innerhalb der kirchlichen Reformbewegung des 17. Jahrhunderts in Beziehung zu setzen zum sozio-politischen Umfeld von Stadt und Region. Dadurch entsteht ein vielschichtiges Bild von der herrschenden lutherischen Orthodoxie am Vorabend des Pietismus mit seinem Schwerpunkt der persönlichen Frömmigkeit, aber auch von Selbstverständnis und Funktion der Rostocker Geistlichkeit.

Das Buch steckt voller Fakten und Anschauung, immer um historische Fairneß nach allen Seiten bemüht, zum Beispiel auch gegenüber jenen Akteuren, die noch von den schrecklichen Ereignissen des Hexenwahns erfaßt werden, der in dieser Zeit zwar nicht mehr als Epidemie, aber auch einzeln noch entsetzlich genug wütete.

Schwerpunkt der Untersuchung bilden im weitgespannten Rahmen die Auseinandersetzungen zwischen dem Rat der Stadt und den Rostocker Pastoren (sogenanntes »Geistliches Ministerium«) im 17. Jahrhundert – rund hundert Jahre nach einer Abstimmung mit den Füßen, die die Menschen zu biblisch orientierten Predigern und zur offiziellen Einführung der Reformation in Rostock geführt

hatte. Wer hatte nach dem 30jährigen Krieg das Sagen in der Stadt und wer hatte das Recht dazu?

Strom setzt ein mit einem Fall im November 1648, in dem Joachim Harmes wegen Ehebruchs aus der evangelischen Kirche exkommuniziert wurde, also aller sozialen Kontakte verlustig ging. Als Harmes drei Sonntage später sein Bedauern erklärt, wird er wieder in die kirchliche Gemeinschaft aufgenommen und dem herzlichen Entgegenkommen ihrer Mitglieder empfohlen mit der Auflage an diese, ihm sein Vergehen nicht mehr vorzuhalten. Der Rat der Stadt ist empört. Seiner Meinung nach hätte er nämlich zuvor als erstes und vornehmstes Mitglied der örtlichen Kirche in einem solchen Rechtsfall konsultiert werden müssen. Der mecklenburgische Herzog selbst schränkt schließlich die Möglichkeiten der sozialen Sanktionen durch das Geistliche Ministerium ein.

Dieser erste Bann im 17. Jahrhundert veranschaulicht nach Strom ein neues Bemühen des evangelischen Klerus um spirituelles und moralisches Leben der Gesellschaft nach den Zerstörungen des 30jährigen Krieges. Der städtische Rat, der großen Einfluß auf die Besetzung der Pfarrstellen hat, versteht sich wegen seiner juristischen Kompetenzen durchaus als Herr der Kirche, wohingegen die Pastoren lediglich Diener derselben seien.

Auch später bleiben alle Bemühungen um einen Ausgleich zwischen Rat und Ministerium erfolglos. Die Reformbewegung möchte mit der evangelischen Erneuerung durch die Reformation Luthers fortfahren, weshalb es ihr vor allem um die Wahrung der Unabhängigkeit gegenüber dem Rat geht. Dabei bleibt die Kritik am eigenen Verhalten nicht aus: »Der theologische Schalk ist der subtilste. Er hat manchen Schafspelz, damit er sich bedecken kann« (Heinrich Müller, 1666).

Das Bemühen mit letztlich untauglichen Mitteln ist nur begrenzt erfolgreich. Erst später, im Pietismus, kommt es zum Zuge, hat sich selbst verändert und sucht nach anderen Wegen.

Der amerikanische Historiker Strom vermittelt der Leserschaft die Gewißheit, daß die Reformation der Kirche immer neu ansetzen muß mit in der Sache begründeten Mitteln – und (so sei hinzugefügt) die der Stadt auch.

JENS LANGER